# CONT@CT



Chers membres des Rencontres Suisses-Nouvelle Société Helvétique,

Petit pays niché au centre de l'Europe, nous devons reconnaître que nous profitons depuis des décennies d'une situation économique, politique, culturelle que bien des nations nous envient. Pour beaucoup d'observateurs notre pluri-culturalité, englobant des langues, des religions et des cultures différentes, est une source inestimable de richesses.

Cependant, nos réactions face à la consolidation de l'Union européenne et de la mondialisation démontrent, parfois, des réactions de crainte de perte d'identité et de repli sur soi, alors que nous pourrions, au contraire, avoir pleinement confiance dans nos facultés de façonner notre avenir grâce, notamment, à nos différences.

Dans ce contexte, nos dernières rencontres ont été consacrées aux thèmes des valeurs communes et de l'intégration. Afin de poursuivre cette réflexion, nous avons choisi d'inscrire nos prochaines manifestations sous le thème général de «Qu'est-ce qui nous unit et qu'est-ce qui nous divise?»

Le professeur Pierre du Bois, ancien président des Rencontres Suisses, avait publié une analyse approfondie et historique des mythes et des réalités des tensions intercommunautaires entre Romands et Alémaniques. Plus récemment, le Professeur Wolf Linder s'est penché sur l'évolution de nos conflits sociétaux et de la concordance – en dressant une analyse de toutes les votations populaires qui ont eu lieu dans notre pays depuis 1874. Une attention particulière a été accordée, notamment, au fameux Röstigra-

Liebe Mitglieder der Neuen Helvetischen Gesellschaft – Treffpunkt Schweiz,

Unser kleines, mitten in Europa gelegenes Land, geniesst seit Jahrzehnten eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Lage, um die uns viele Länder beneiden. Für viele Beobachter bedeutet unsere Multikulturalität, die sowohl verschiedene Sprachen, Religionen, wie Kulturen beinhaltet, eine ausserordentliche Bereicherung.

Dennoch sind unsere Reaktionen gegenüber einer verstärkten EU und der Globalisierung manchmal von Ängsten um unsere Identität und von Isolierungsdrang geprägt, obschon wir volles Vertrauen in unsere Fähigkeit unsere Zukunft zu gestalten, unter anderem dank unseren Differenzen, haben sollten.

In diesem Zusammenhang waren unsere letzten Veranstaltungen den Themen der gemeinsamen Werte und der Integration gewidmet. Um diese Gedanken weiterzuführen haben wir uns entschieden, unsere nächsten Treffen dem allgemeinen Thema «Was uns eint und was uns trennt» zu widmen.

Professor Pierre du Bois, ehemaliger Präsident der Rencontres Suisses, hatte eine ausführliche Studie den Mythen und Realitäten der Spannungen zwischen den welschen und deutschschweizerischen Gemeinschaften gewidmet.

Kürzlich hat Professor Wolf Linder die Entwicklung alter und neuer gesellschaftlicher Konflikte, etwa den Röstigraben, den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, Stadt und Land, und vieles mehr, anhanden aller seit 1874 durchgeführten Volksabstimmungen analysiert.

ben, à l'opposition entre travail et capital, ville et campagne, etc. De quoi alimenter, en compagnie du professeur Irène Herrmann, la réflexion sur ce qui nous unit et ce qui nous divise. Cette première rencontre qui aura lieu le 17 mars 2009 nous donnera l'occasion de réfléchir à l'avenir politique, économique et identitaire de notre pays.

Parallèlement nous étudierons les effets du multilinguisme et de notre sensibilité culturelle des langues sur notre ouverture au monde, à travers des conférences consacrées au cinéma, à la littérature, au théâtre, à l'économie publique et enfin à l'enseignement. La première conférence a eu lieu le 28.10.08 à Berne avec Nicolas Bideau et Christoph Schaub qui ont, grâce aussi à des extraits du film «Jeune Homme», captivé leur auditoire.

C'est avec beaucoup de satisfaction que nous constatons à quel point le choix des thèmes principaux de ces deux dernières années inspirent nos groupes qui, à Aarau, Winterthur, Berne et Genève, développent les sujets des valeurs et de l'intégration en les traitant sous différents aspects : au niveau religieux et dans le domaine de la politique familiale.

Christiane Langenberger Présidente RS - NSH Zusammen mit Professorin Irène Herrmann wird uns dies den Stoff liefern, um über unsere Einigkeiten und Spaltungen zu diskutieren. Diese erste Begegnung, die am 17. März 2009 in Bern stattfindet, wird uns ferner die Gelegenheit bieten uns über unsere politische, wirtschaftliche und identitätsstiftende Zukunft Gedanken zu machen.

Parallel dazu wollen wir die Auswirkungen unserer Vielsprachigkeit und kulturellen Sensibilitäten auf unsere Weltöffnung, dank Vorträgen über Film, Literatur, Wirtschaft und Bildung, studieren.

Der erste Vortrag fand am 28.10.08 in Bern mit Nicolas Bideau und Christoph Schaub statt die, dank auch einiger Filmextrakte aus « Jeune Homme », das Publikum zu faszinieren wussten. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass die in den letzten Jahren getroffene Auswahl von Hauptthemen von einigen Gruppen, so Aarau, Winterthur, Bern und Genf übernommen wurden, die den Wertewandel und die Integration unter verschiedenen Aspekten wie in der Religion in der Familie und in der Politik behandelt haben.

Christiane Langenberger Präsidentin NHG - TS

# Was hat der Staat mit Religion zu tun? Plädoyer für eine aktive Religionspolitik

Pfarrer Thomas Wipf

Präsident des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Vorsitzender des Schweizerischen Rates der Religionen und Geschäftsführender Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa

Referat anlässlich der Delegiertenversammlung Neue Helvetische Gesellschaft - Treffpunkt Schweiz «Der Staat gegenüber der Herausforderung der Religion in der Schweiz» Bern, 22. Mai 2008

#### **Einleitung**

Im Jahr 2004 beschloss der Zürcher Regierungsrat im Rahmen eines Sparprogramms, das Fach «Biblische Geschichte» aus dem Fächerkanon der öffentlichen Schule zu streichen. Innert kürzester Zeit kamen 50'000 Unterschriften für eine Volksinitiative zur Beibehaltung dieses Schulfachs zusammen. Nachdem sich der Regierungsrat im Sinne eines Gegenvorschlags bereit erklärt hatte, dem Kantonsrat statt des Biblischen Unterrichts ein Fach «Religion und Kultur» vorzuschlagen, zog das Initiativkomitee die Volksinitiative zurück. Im Jahr 2007 wurde die Einführung des neuen Fachs «Religion und Kultur» vom Zürcher Kantonsrat mit grossem Mehr unterstützt.

Am 1. Mai 2007 startete die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten». Die Initianten sind der Meinung, dass das Minarett Symbol eines politisch-religiösen Machtanspruchs ist und den demokratischen Rechtsstaat gefährdet. Heute steht offenbar fest: diese Volksinitiative wird zustande kommen.

Am 22. Oktober 2007 spricht sich die Geschäftsleitung der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer in einem Positionspapier dafür aus, dem Bildungsbereich Religion im Rahmen eines ganzheitlichen Bildungsauftrags der Schule nicht auszuweichen und die Lehrpersonen für diesen anspruchsvollen Unterricht spezifisch zu qualifizieren.

Wenn wir in den europäischen Raum blicken, wurde im Jahr 2006 eine Untersuchung veröffentlicht, wonach die grosse Mehrheit der EU-Parlamentarier der Meinung ist, dass die Türkei noch nicht reif für Europa sei. Ausschlaggebend für diese Meinung ist der Eindruck, dass in der Türkei nach wie vor eine

islamische Lebensordnung dominiert und das Demokratiedefizit nicht durch neue Gesetze aufgebrochen zu sein scheint.¹ Bei einem EU-Beitritt wäre nicht mehr Deutschland, sondern die Türkei der grösste Mitgliedstaat.

Und kürzlich hat der anglikanische Erzbischof Dr. Rowen Williams den Gedanken zur Diskussion gestellt, dass es im freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat auch denkbar wäre, für gewisse Bereiche des Privatrechts, die Bestimmungen der Scharia anzuwenden.

#### Religion und Öffentlichkeit

Diese fünf Beispiele sind zufällig ausgewählt und liessen sich beliebig vermehren. Sie zeigen aber eines: Religion ist – in ihrer ganzen Ambivalenz – präsenter denn je. Es legt sich sogar die Vermutung nahe: Je säkularer die Gesellschaft, desto lebendiger die Religion. Religion ist zwar eine persönliche Angelegenheit, deswegen aber keine private.

Eigentlich ist das einleuchtend: denn Mensch sein ist nicht denkbar ohne die Frage nach dem Sinn, ohne die Frage nach dem Woher und Wohin des Lebens, ohne Weltanschauung, ohne Religion. Die Sinnfrage, die religiöse Frage berührt das Innerste des Menschen und beeinflusst die Gestaltung des Lebens und der Welt. Religion ist eine zutiefst persönliche Angelegenheit, aber gleichzeitig zielt ihre Wirkung auf den öffentlichen Raum. Religion ist eine Gestaltungskraft im Leben des Einzelnen und im Leben unserer ganzen Gesellschaft.

Wie alles Menschliche ist allerdings auch Religion ambivalent. Religion kann intolerant sein, herrschsüchtig und sogar gewalttätig; vor allem aber ist sie Quelle des Friedens, der Humanität und

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Demokratie in Europa, Studie der Identity Foundation, Gemeinnützige Stiftung, Düsseldorf 2006

tiefer Sinngebung. Religion kann integrative Kräfte mobilisieren und Werte hervorbringen, sie kann die Solidarität stärken und den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft festigen.

Politik und Religion müssen sorgfältig unterschieden werden. Von daher ist das Konzept der institutionellen Trennung zwischen Kirchen und Staat in einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Gesellschaft richtig. Der Staat ist Hüter der Freiheit, nicht der Wahrheit. Aber diese Trennung darf nicht selber zur Ideologie werden. Politik wäre schlecht beraten, wenn sie sich von Religion dispensieren wollte. Es braucht den Dialog zwischen Wahrheit und Freiheit, zwischen Religion und Politik, es braucht den kritisch-loyalen Dialog zwischen Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Auf europäischer Ebene sind Notwendigkeit und Sinn dieses Dialogs unbestritten. So wurde die Bestimmung, wonach «die Union ... mit ... Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmässigen Dialog» pflegt, unverändert aus dem EU-Verfassungsentwurf in den Artikel 17 des Verfassungsvertrages von Lissabon vom 13. Dezember 2007 übernommen.

Vorerst einmalig für schweizerische Verhältnisse nimmt die Verfassung des Kantons Waadt vom 22. September 2002 die spirituelle Dimension des menschlichen Lebens und die gesellschaftliche Bedeutung von Kirchen und Religionsgemeinschaften positiv auf. Sie hält in Art. 169 fest:

- 1. L'Etat tient compte de la dimension spirituelle de la personne humaine.
- 2.Il prend en considération la contribution des Eglises et communautés religieuses au lien social et à la transmission de valeurs fondamentales.

# Der Religionsartikel: Diskussionsanstoss für ein zukunftsfähiges Religionsverfassungsrecht

Seit der Revision der Schweizerischen Bundesverfassung im Jahr 1999 setzt sich der Schweizerische Evangelische Kirchenbund für eine zukunftsfähige und umfassende verfassungsrechtliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Bund und den Kirchen bzw. anderen Religionsgemeinschaften ein. Insbesondere im Rahmen der Diskussion um die Streichung des so genannten «Bistumsartikels» aus der Bundesverfassung wurde deutlich, dass die Schweiz ein Religionsverfassungsrecht für das 21. Jahrhundert braucht.

#### Warum?

Die Verfassung eines Landes bildet so etwas wie das Ensemble der Leit-Ideen des Staates (Peter Saladin). So sind viele Bereiche, welche auch in der Gesellschaft von hoher Bedeutung sind, in der Schweizerischen Bundesverfassung thematisiert: Gesundheit, Bildung, Kultur, Film, Sport bis hin zu den Wanderwegen. Im Bereich Religion atmet unsere Verfassung aber nach wie vor den konfessionalistischen und kulturkämpferischen Geist des 19. Jahrhunderts: Religion wird auf den persönlichen Bereich reduziert und die Verhältnisbestimmung Kirche-Staat (im Singular!) wird in die Zuständigkeit der Kantone delegiert. Allein bei religiösem Unfrieden soll der Bund tätig werden und die polizeilichen Massnahmen koordinieren.

Es sind im Wesentlichen folgende Aspekte, die den Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes vor 7 Jahren dazu führten, die Schaffung eines Religionsartikels in der Schweizerischen Bundesverfassung vorzuschlagen:

- Die religiöse Landkarte der Schweiz hat sich grundlegend verändert. Wir leben heute nicht mehr in einem Land mit zwei christlichen Konfessionen, sondern mit mehreren Religionen. Der Islam ist mittlerweile nach den beiden Landeskirchen die drittgrösste Religionsgemeinschaft in der Schweiz. Die Kantonsgrenzen haben religiös und konfessionell nicht mehr dieselbe Bedeutung. Die Schweiz ist religiös und kulturell durchmischt.
- Zwischen den Religionsgemeinschaften und dem Bund besteht verfassungsrechtlich betrachtet eine «Nichtbeziehung». Dies widerspricht jedoch den tatsächlichen Gegebenheiten. Zwischen den Kirchen und dem Bund bestehen vielfältige und langjährige Arbeitsbeziehungen, sei es im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, im Bereich des Asyl- und Flüchtlingswesens oder im Bereich der Armeeseelsorge. Um nur diese drei zu nennen. Und vor einigen Wochen ist das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA an den Schweizerischen Rat der Religionen gelangt mit der Bitte, bei der Bildung einer schweizerischen Plattform der Alliance des Civilisations eine führende Rolle zu übernehmen.
- Die Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen und Religionsgemeinschaften und der Gleichbehandlung müssen angegangen und diskutiert werden. Und zwar auf Bundesebene. Diese Fragen können nicht föderalistisch 26 Mal und 26 Mal anders gelöst werden. Beispiele aktueller Diskussionen muss ich Ihnen nicht näher erläutern: der letz-

te Bundesgerichtsentscheid zum Austritt aus der Römisch-katholischen Kirche, welcher nota bene in seinem grundsätzlichen Gehalt alle christlichen Kirchen mit betrifft; Fragen zum Anstellungs- und Arbeitsrecht in den Kirchen, z.B. die Frage, ob die Kirchen bei der Anstellung ihres Personals das Kriterium der Kirchenmitgliedschaft anwenden dürfen; und als letztes Beispiel die Diskussion im Kanton Waadt zum neuen Anerkennungsgesetz: Welche Kriterien sollen Kirchen und Religionsgemeinschaften zwingend erfüllen, wenn sie öffentlich-rechtlich anerkannt werden wollen?

Ein letzter Punkt spricht für die Schaffung eines zeitgemässen Religionsverfassungsrechts auf Bundesebene: Es ist zu beobachten, dass in verschiedenen Politikbereichen eine Kompetenzverschiebung geschieht von der kantonalen Ebene auf die Bundesebene. Das wohl wichtigste Beispiel für diese Entwicklung ist der neue Bildungsartikel in der Bundesverfassung: der Bund erhält eine koordinierende Aufgabe in der schweizerischen Bildungspolitik. Konkret wird diese neue Aufgabe im Bereich des HarmoS-Konkordates, welches zur Folge hat, dass ein gesamtschweizerisch für alle Kantone verbindlicher Lehrplan für die obligatorische Schule entwickelt werden wird. Diese Kompetenzverschiebung im Bereich der öffentlichen Schule auf die Bundesebene führt dazu, dass die Kirchen nun auf nationaler Ebene über die Frage des schulischen und ausserschulischen Religionsunterrichts Verhandlungen führen sollen.

#### Wie könnte ein Religionsartikel aussehen?

Die Expertengruppe, die der Rat des SEK eingesetzt hat, schlägt in ihrem Bericht zwei Varianten eines möglichen Religionsartikels vor:

Die erste Variante orientiert sich stark an den bisherigen Formulierungen von Art. 15 und Art. 72 BV. Die individuelle Religionsfreiheit soll durch eine Bestimmung über die korporative Religionsfreiheit ergänzt werden. Dieses Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften soll aber nicht grenzenlos sein, sondern sich im Rahmen der geltenden Verfassung und der Gesetze bewegen.

Die Expertengruppe macht aber auch den Vorschlag, den bestehenden Art. 72 durch eine neue Formulierung zu ersetzen:

- «1 Bund und Kantone fördern das Verständnis und die Achtung unter den verschiedenen Religionen und ihren Angehörigen.
- 2 Der Bund pflegt Beziehungen zu Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften von gesamtschweizerischer Bedeutung.
- 3 Er trägt bei seinem Handeln den Anliegen der Re-

- ligionsgemeinschaften Rechnung; er kann unter Wahrung der religiösen Neutralität ihr gesellschaftliches Wirken unterstützen.
- 4 Die Kantone regeln ihr Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften selbständig. Sie können ihnen eine besondere rechtliche Stellung zuerkennen.»

Diese Variante macht auch deutlich, dass mit der Schaffung eines Religionsartikels zwischen Bund und Kantonen keine konkurrierenden Zuständigkeiten entstehen sollen. Die Verhältnisbestimmung zwischen Kirchen und Staat soll auch weiterhin in der Zuständigkeit der Kantone liegen. Neu ist, dass das integrative Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaften gewürdigt wird und die Wahrung des religiösen Friedens als gemeinsame Aufgabe gesehen wird.

Im Moment sind die Kirchen im Rahmen einer ökumenischen Arbeitsgruppe zu den Vorschlägen eines Religionsartikels miteinander im Gespräch. Erst wenn zwischen den Kirchen ein Konsens gefunden ist, sollen die Vorschläge in die Politik eingebracht werden.

#### Religion als Politikbereich aktiv gestalten

Die Sache «Religion» und die diese Sache repräsentierenden Kirchen und Religionsgemeinschaften sind fester und prägender Bestandteil schweizerischer Geschichte und Kultur. Es ist davon auszugehen, dass sich der Staat noch mehr als bisher den Anforderungen einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft wird stellen müssen. Zudem zeigt sich, dass gerade eine säkulare Gesellschaft auf die Sinn und Werte vermittelnden Instanzen lebensnotwendig angewiesen ist. Eine religionssoziologische Studie hat kürzlich nachgewiesen, dass sich die Menschen heute ihre religiösen und ethischen Werte durchaus selber zusammenstellen, dass sie dazu jedoch Referenzen brauchen, Institutionen und Organisationen, die solche spirituellen und religiösen Angebote zuverlässig zur Verfügung stellen. Religiöse Mündigkeit setzt das Vorhandensein von Sinn und Werte vermittelnden Institutionen geradezu voraus.

Vor diesem Hintergrund und im Sinne der Leit-Idee des schweizerischen Verfassungsrechts scheint eine aktive Religionspolitik geboten. Nicht im Sinne einer Parteinahme für oder gegen einen bestimmten Glauben, sondern im Sinne einer «pluralistischen Hereinnahme des Religiösen».

Staat und Religionsgemeinschaften haben ein gemeinsames Interesse: das Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und sie haben ein gemeinsames Tätigkeitsfeld: die Öffentlichkeit. Dabei haben sie jedoch ihre je eigene Aufgabe: der Staat die Sicherung der Freiheit und des Friedens; die Kirchen und Religionsgemeinschaften führen den Diskurs über die spirituellen und ethischen Gewissheiten, die unsere Gesellschaft prägen und ihren Zusammenhalt stärken sollen.

Das Thema Religion muss aus der politischen Tabuzone herauskommen. Mit dem Vorschlag, einen Religionsartikel in der schweizerischen Bundesverfassung zu schaffen, will der Schweizerische Evangelische Kirchenbund in erster Linie eine öffentliche Diskussion lancieren. Welche Bedeutung und welche Rolle sollen die Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft spielen? Welche Aufgaben sollen sie wahrnehmen? Wie soll die Verhältnisbestimmung zwischen Politik und Religion, zwischen Staat und Kirchen im 21. Jahrhundert aussehen? Welche Kriterien sollen gelten für Religionsgemeinschaften, die im öffentlichen Raum wirken und ihre Dienste der ganzen Gesellschaft zur Verfügung stellen wollen: in der Armee, in der Entwicklungszusammenarbeit, in den Medien, im sozialen Bereich?

Gerade der freiheitliche demokratische Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann (Bundesverfassungsrichter Böckeförde). Staat und Gesellschaft brauchen die «Institutionen des Perspektivenwechsels» (Bischof Heinrich Bolleter), sonst stehen sie in der Gefahr sich selbst entwe-

der absolut zu setzen oder dann « orientierungslos » zu werden. Das hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts mit ihren verschiedenen Totalitarismen zur Genüge gezeigt.

Und die Religionsgemeinschaften brauchen den Staat, der ihr Wirken in der Öffentlichkeit zulässt und regelt. Religion, die ins Private zurückgedrängt wird, wird sektiererisch.

#### **Schluss**

Freiheit, Toleranz und Pluralität bilden ein anspruchsvolles Gesellschaftskonzept. Dabei wollen wir Freiheit nicht als *laisser faire* verstehen, Toleranz nicht als Gleichgültigkeit und Pluralität nicht als blosses *Nebeneinander*. Die Frage ist aber, welche Kräfte unsere Gesellschaft prägen sollen.

Ohne Sinnorientierung und ohne Werte gibt es keinen Rechtsstaat und keine friedliche Gesellschaft. Es liegt deshalb im Interesse aller, das Sinn-Gemeinschafts- und Wertepotenzial der Kirchen und Religionsgemeinschaften konstruktiv für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu nutzen und einzubinden.

Die Schweiz verändert sich: ich plädiere dafür, diese Veränderungen aktiv zu gestalten und nicht einfach reaktiv hinzunehmen. Auch im Bereich Religion.

# « Der Schweizer Film zwischen Globalisierung und Viersprachigkeit »

Eine Veranstaltung mit Nicolas Bideau (Leiter der Sektion Film im Bundesamt für Kultur) und Christoph Schaub (Produzent und Regisseur), Bern, 28.10.2008

Die schweizerische Film- und Kino-Industrie ist – wie andere Bereiche kulturellen Schaffens und Konsums – einem stetig zunehmenden Konkurrenzdruck aus Europa und den Vereinigten Staaten ausgesetzt. Genügte in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit eine Handvoll begabter Schauspieler und engagierter Regisseure, um dem (West-)Schweizer Film auf internationaler Ebene zu ehrenhafter Bekanntschaft zu verhelfen, so sprechen die Zahlen heute eine andere Sprache: Produktions- und Werbebud-

gets explodieren; die Logik des Star-Systems treibt die Kosten und Einnahmen in astronomische Höhen; Filmemacher aus kleineren und sogar mittelgrossen Länder haben immer mehr Mühe, die Aufmerksamkeit der Geldgeber und des Publikums auf sich zu ziehen. Darum erschallt fast überall der Ruf nach protektionistischen Instrumenten und staatlichen Fördermassnahmen – im Namen der so genannten exception culturelle.

In der viersprachigen Schweiz steht die Filmindustrie vorfolgenden zusätzlichen Herausforderungen: (1.) in einem kulturell segmentierten Heimmarkt bestehen zu müssen und (2.) ihr Verhältnis zu den umliegenden, sprachlich verwandten Räumen zu definieren. Die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG-Treffpunkt Schweiz) widmete dieser spezifisch schweizerischen Dimension des cinematografischen Schaffens Ende Oktober einen Anlass in Bern, zu dem sie zwei prominente Redner begrüssen durfte: Nicolas Bideau, den Leiter der Sektion Film des Bundesamts für Kultur, und Christoph Schaub, u.a. Regisseur des Filmes «Jeune Homme» (2006).

Ausgehend von der Feststellung, dass Filme immer auch Mittel zur Produktion von (nationaler) Identität sein können, bot Nicolas Bideau eingangs einen breiten Überblick über die sprachlichen und kulturellen Hintergründe der schweizerischen Kino-Landschaft inmitten der mächtigen Filmindustrien aus Europa und Übersee. So bildet die Herkunft der Produktionen, die in den Schweizer Kinosälen gezeigt werden, einen vorzüglichen Spiegel des multikulturellen Umfelds, in dem sich unser Land befindet. Im Stichjahr 2007 stammte über ein Viertel der ca. 500 Neu-Erscheinungen aus US-amerikanischen Studios; gefolgt - in kurzem Abstand - von französischen und deutschen Produzenten; neue Filme aus der Schweiz machten immerhin noch 15 Prozent aus. Deutlicher wird die einseitige und ausländische Dominanz bei der Aufteilung der Eintritte, d.h. beim effektiven Publikumszuspruch. Hier bilden amerikanische und englische Filme drei Viertel, französische knapp 10 Prozent, deutsche und schweizerische 5 Prozent, italienische gar nur ein Prozent.

Im Direkt-Vergleich mit der dominanten amerikanischen Kinoindustrie, haben die Filmschaffenden in der Schweiz mit ganz anderen Dimensionen und Voraussetzungen zu kämpfen. Während pro Woche, neben 2-3 neuen amerikanischen, immerhin 1-2 schweizerische Filme in die Kinosäle kommen, steht das Verhältnis bei den Eintritten bereits 9 zu 1 zugunsten Hollywoods. Beim Herstellungsbudget verfügt eine grosse amerikanische Produktion über einen Vorteil von 50 zu 1; und bei den Mitteln, die zu Promotionszwecken eingesetzt werden, sogar von 100 zu 1. Das bedeutet, dass für jeden Franken, den ein erfolgreicher Schweizer Film in die Werbung steckt, die amerikanische Konkurrenz hundert Franken ausgibt (Zahlen anhand der Filme «Grounding»/CH und «The Dark Knight»/USA).

Um solche Ungleichgewichte im Ansatz ausgleichen zu helfen, hat die Eidgenossenschaft die Möglichkeit, Fördermassnahmen zugunsten des schweizerischen Films zu ergreifen. So lautet Artikel 71 der geltenden Bundesverfassung: «Der Bund kann die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern. Er kann Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen.» Gestützt auf diese Bestimmung verabschiedete das Parlament Ende 2001 ein Bundesgesetz, das die Fördertätigkeit des Bundes nicht zuletzt auch unter den Gesichtspunkt der kulturellen und sprachlichen Vielfalt stellte. Das Filmgesetz sieht unter anderem vor, dass vom Bund unterstützte Filme ausdrücklich «in mehr als einer Landessprache zur Verfügung stehen » müssen (Art. 19). Des Weiteren kann der Bund den Filmschaffenden in den minoritären Sprachregionen zusätzliche Finanzhilfen in begrenzter Höhe gewähren – für das Jahr 2006 handelte es sich beispielsweise um eine halbe Million Franken (Bundesamt für Kultur, « Eidgenössische Filmförderung 2006 »).

Gerade die Massnahmen zur Förderung der Angebotsvielfalt scheinen mit Blick auf die schweizerische Viersprachigkeit und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften zentral zu sein. Während unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg das Interesse für Schweizer Filme landesweit intakt war, kam es in den Folgejahrzehnten zu einem gewissen Auseinanderdriften: Jede Sprachregion blieb in filmischer Hinsicht auf sich selbst und auf die sprachlich verwandten Nachbarländern bezogen. Heute werden Filme aus nationaler Produktion wieder regelmässig in fast allen Landesgegenden gezeigt. Die Statistiken zeigen jedoch, dass das Interesse für Schweizer Filme in der Deutschschweiz überproportional stark ist, während die Suisse romande leicht abfällt und die Svizzera italiana geradezu einen blinden Fleck bildet (vgl. Anzahl der vorgeführten Schweizer Filme pro Ort, in: Bundesamt für Kultur, «Le cinéma en Suisse 2007 »).

Ein Grund für die Renaissance des (Deutsch-)Schweizer Kinos in den vergangenen Jahren liegt, laut Bideau, in der verstärkten Unterstützung filmischen Schaffens durch das öffentliche Fernsehen – über Kooperationen, Ko-Produktionen, Pilotfilme etc. Neben dem Bund verfügen auch einzelne Kantone über Budgets zur Förderung der Filmproduktion. Diese kantonale Hilfe konzentrierte sich im vergangenen Jahr schwergewichtig auf den Raum Zürich und auf das Genferseegebiet, die 46 von insgesamt 53 unterstützten Projekten auf sich vereinten. Auch hier wünscht sich das Bundesamt für Kultur eine bessere regionale Verteilung der Beiträge und Projekte. Denn der Film und das Kino bilden mehr denn je wirksame Identitätsträger, mit denen ein Land Botschaften in die Welt tragen kann. Dabei gelte es nicht nur den Aspekt der *exception culturelle* zu beachten, sondern auch den wirtschaftlichen Gewinn, den eine gesunde Filmindustrie darstellt.

Am Regisseur Christoph Schaub lag es sodann, diese Spannung zwischen kulturellen Filminhalten und ökonomischen Handlungsmaximen aufzulösen. Er tat dies am Beispiel seines Erfolgsfilms «Jeune Homme» (2006), der die Abenteuer eines Deutschweizer Au-pair-Jungen im frankophonen Genf mit viel sprachlichem Witz und zwischenmenschlichem Gespür auf die Leinwand brachte. Nach Schaub liegt die Stärke des Films – und jedes in der Schweiz produzierten Erfolgsfilms - darin, das Spezifische des schweizerischen Raumes deutlich zu machen, d.h. die Handlung im lokalen Rahmen zu verorten, und gleichzeitig eine universell verständliche Geschichte zu erzählen: ein Geschichte, die in allen Sprachregionen der Schweiz (und womöglich auch im Ausland) verstanden wird.

Im Fall von «Jeune Homme» ist dies einerseits die Erzählung vom Erwachsenwerden eines jungen Mannes, verbunden mit der Thematisierung von Geschlechterrollen und der Darstellung des Lebens einer modernen Familie. Andererseits nimmt der Film direkten Bezug auf die Mehrsprachigkeit, indem er mit dem so genannten Welschlandjahr eine regelrechte schweizerische Institution als Handlungsrahmen aufgreift – ähnlich wie dies Mike Eschmann mit seiner Rekrutenschul-Kommödie «Achtung, fertig, Charlie!» 2003 versucht hatte (franz. Titel «À vos marques, prêts, Charlie!»). Die spezielle inhaltliche Kombination von «Jeune Homme» schien in allen Sprachregionen des Landes auf grosses Echo zu stossen und verhalf dem Film zu grossem Publikumserfolg und zu ausgezeichneten Kritiken in den Medien.

Schwieriger gestaltete sich der Export des Kassenschlagers in andere Länder. Ein besonders heikles Problem bildete dabei die (ansonsten eher problemlose) Synchronisierung der Dialoge: Wie übersetzt man einen zweisprachigen Film, der die Mehrsprachigkeit in der Handlung gezielt nutzt, in eine einzige Sprache? In der Tat funktioniert das virtuose Spiel mit dem Französischen, Deutschen und Schweizerdeutschen am besten mit Untertiteln in den jeweils anderen Sprachen. Filme mit Untertiteln sind jedoch bei den grossen Verteilern in Deutschland und Frankreich äusserst unbeliebt, was die Vertriebsmöglichkeiten stark einschränkte. Weniger Berührungsängste mit der untertitelten Originalversionen gab es dagegen in Österreich, dessen Kinos «Jeune Homme» vergleichsweise offen aufnahmen. Und in anderen me-



hrsprachigen Ländern, wie Kanada (englisch-französisch) oder Spanien (u.a. spanisch-katalanisch) liess sich die sprachliche Dimension der Handlung gar direkt an den jeweiligen nationalen Kontext anpassen.

Obwohl «Jeune Homme» diesbezüglich in der Schweiz einen Bonus hatte, wies Christoph Schaub darauf hin, dass auch hierzulande das Publikum synchronisierte Filme bevorzuge. Nur ein Viertel bis ein Drittel aller Eintritte entfallen auf nicht übersetzte Originalversionen – oder müsste man sagen... immerhin ein Viertel bis ein Drittel? Bei Erfolgsfilmen ist der Druck für Synchronisierungen jedenfalls besonders gross, da die Verleiher und Kinobesitzer so ihre Einnahmen steigern können. Gemäss dem Regisseur, funktioniert heute immerhin die Verteilung der schweizerischen Filme innerhalb des Landes vergleichsweise gut. Zwar zeige die Deutschschweiz immer noch ein grösseres Interesse für Filme aus Frankreich und aus der Romandie, als umgekehrt; aber vor nicht allzu langer Zeit sei es noch fast unmöglich gewesen, eine deutschschweizerische Produktion über den Röstigraben zu exportieren.

Mit Blick auf die schweizerische Mehrsprachigkeit bei «Jeune Homme» zudem auf einen besonders positiven Effekt zu verwiesen: Während im Schnitt früherer Jahre jeweils nur etwa zwei Deutschschweizer Männer als Au-pair-Kraft ins Welschland fuhren, stieg dieser Anteil unmittelbar nach dem Erscheinen des Films auf 15 bis 20 Prozent!

Bernhard Altermatt

### «Helvetische (Un-) Gewissheiten...»

... ou comment (re-) sécuriser les Suisses

Das Jahrbuch 2009, das im ersten Quartal des nächsten Jahres erscheinen wird, hat nicht nur eine solide, breit abgestützte finanzielle Grundlage. Von den erbetenen Autorinnen und Autoren hat bisher niemand die Mitarbeit verweigert. Ja, wir haben sogar namhafte zusätzliche, spontane Autorenangebote bekommen. Das herausgeberische Patronat hat einmal mehr die Gruppe Winterthur übernommen. Der unentgeltlich arbeitende Redaktionsstab konnte erweitert werden.

Thematisch beschäftigt das Buch sich mit den Ungewissheiten, die das sich ständig verändernde gesellschaftliche, zivilisatorische, politische und wirtschaftliche Umfeld uns samt Orientierungsschwierigkeiten, Aengsten, aber auch Hoffnungen beschert. Dabei suchen wir aber Gewissheit verschaffende Werte herauszuarbeiten und für anstehende Probleme taugliche Lösungsansätze zu umschreiben.

Il va de soi que des problèmes - spécifiques à notre pays pluriculturel et multilingue - seront traités. Par conséquent, chaque article sera suivi de résumés dans les trois autres langues nationales. En plus, le souci de mieux nous faire connaître notre pays trouve son expression dans plusieurs articles qui présenteront des situations et des faits particuliers, certes intéressants, mais trop peu connus.

Nach den das Thema einführenden Artikeln, insbesondere über helvetische Sorgen, werden zwei Aufsätze des Schreibenden erstens darlegen, wie die Eidgenossen in den letzten 500 Jahren ihre Selbstvergewisserung suchten und dabei neben die geschichtlichen Geschehnisse deren gar nicht sinnlose mythologische Interpretation stellten. Zweitens folgt ein Blick auf die helvetische Selbstbildsuche schweizerischer Dichter und Denker seit 1848, insbesondere im 20. Jahrhundert. Dieses Nachdenken über unser Schweizer Wesen und Dasein wird aktualisiert weitergeführt durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, nämlich Botschafter Paul Widmer, den politischen Philosophen Olivier Meuwly, Prof. Daniel Thürer, Prof. Victor Giordano, die Kunsthistorikerin Paola Tedeschi-Pellanda, Tourismusdirektor Marco Solari sowie alt Regierungs- und Nationalrat Silvio Bircher.

Spezifischen Verunsicherungs-Faktoren Fachleute zu Leibe: Dr. Mauro Mantovani (VBS) und Prof. Heinz Wanner evaluieren die internationalen Gewaltbedrohungen der Schweiz und die zunehmenden Naturkatastrophen-Risiken in den Alpen. Oberstaatsanwalt Martin Bürgisser und Jugendanwalt Hansruedi Gürber geben sich mit Jugendgewalt ab. Beat Kappeler beschäftigt sich mit Modellen, um die wachsende demographische Infragestellung der Altersrenten aufzufangen. Lukas Bühlmann, Landesplaner, denkt über die Verkehrsentwicklung und ihre weitreichenden raumplanungs- und urbanistischen Folgen nach. Prof. Peter von Matt setzt sich mit der problematischen Kunst- und Kulturfinanzierung auseinander. Die Fachfrauen Dana Wipflin-Hofmann und Renate Egli-Wildi kreuzen die Klingen zur «kulturrevolutionären» Einführung der deutschen Standardsprache in alemannischen Kindergärten. Die Lia Rumantscha schliesslich wird über Projekte für eine Rätoromanen-Schule in Zürich berichten.

Infine, per far conoscenza con certe originalità del nostro paese, Daniel Thürer ci presenterà il curiosissimo multilinguismo del comune grigionese di Bivio. La Signora Carina Schweizer ci mostrerà il legami fra il territorio di Büsingen, appartenente alla Repubblica federale tedesca, ma completamente circondato dal Cantone di Sciaffusa e dunque dalla Confederazione Svizzera. Il teologo Jean Fillet ci farà sapere perché i protestanti ginevrini vanno ogni anno in una specie di pellegrinaggio nelle Cévennes francesi, un nascondiglio storico degli Ugonotti. Finalmente la Signora Seline Trachsel ci racconterà perché esistono meceni a Winterthur che restaurano in Leventina dei monumenti storici e culturali.

• La redazione si riserva, come si comprenderà, delle modifiche di questo programma in corso.

Das Jahrbuch ist zu verstehen als ein periodisches, vielseitiges Ergebnis einer unseren Staat und unsere Gesellschaft betreffenden, aktiven Kultur der Nachdenklichkeit. Es ist in diesem Sinn ein Beitrag zum freundeidgenössischen Gespräch. Dieser ist so angelegt, dass er die übrige Tätigkeit der NHG/TS kräftig ergänzt und erweitert sowie über die flüchtigen Gedanken-Vehikel der Vorträge, Internetauftritte usw. hinaus dauerhafter greifbare Zeugnisse des Arbeitens an unserem helvetischen Zusammenleben liefert.

Roberto Bernhard

# Tge munta la neutralitad svizra?

#### In vegl ambassadur admonescha

# Da Guiu Sobiela-Caanitz «La Quotidiana», 18.07.2008

1815 a Vienna ha la cuminanza internaziunala renconuschì en tutta furma la neutralitad perpetna da la Svizra. Questa, dapi lura, n'ha betg pli stuì far l'experientscha d'ina guerra, gnanc en ils muments da tensiun europeica extrema, gnanca cur che pajais limitrofs sa cumbattevan damanaivel da noss cunfins. Dapi decennis èn la Frantscha, la Germania federala e l'Italia commembras d'in'allianza militara defensiva; quai n'ha mai periclità la neutralitad svizra.

I s'enclegia ch'i na fiss adina ì uschè tgunsch senza ina diplomazia federala activa, experimentada e persvasiva, basada sin la ferma voluntad da sa dustar en cas d'agresiun. In anteriur ambassadur da la Svizra, *Bénédict de Tscharner* (Genevra), ha gist analisà la noziun da neutralitad en il bulletin da la Nova societad helvetica\*. I suonda ina versiun rumantscha scursanida da sias ponderaziuns.

#### Mantegnair e rinforzar la pasch

L'autur entschaiva cun ina constataziun paradoxala: «La neutralitad è probablamain quel instrument da nossa politica che ha las pli paucas vistas d'esser relevant en ils onns proxims, pia da furnir ina replica a las sfidas internaziunalas ch'ins pudess drizzar a la Svizra. Dentant è'la quel instrument da nossa politica exteriura ch'ils Svizzers numnan il pli gugent e resguardan sco il pli prezià. 90% dals Svizzers din d'avait in'opiniun favuraivla da la neutralitad (...). La politica exteriura dependa da la situaziun cumplitgada dal mund d'oz, sco era da ses svilup furius, pli che d'ina smanatscha militara classica ipotetica. Perquai prov'ins da sa quietar cun suttastritgar l'identitad tradiziunala da nossa vita naziunala, la quala cumpiglia la neutralitad (...). Ins duai distinguar dus aspects. L'emprim è la neutralitad in mez da la politica da segirtad per propi; ella exprima il fatg che la Svizra na fa betg part da guerras tranter auters pajais, ha quità da sia atgna defensiun e n'è commembra da nagina allianza militara. Da quest puntg da vista na respunda la neutralitad vairamaing betg a las sfidas d'oz; ella na gida tuttina betg a proteger cunter il terrorissem u la criminalitad organisada. Ella na dispensescha gnanca da l'obligaziun almain morala da participar, sco commember da las Naziuns

unidas u da l'Organisaziun per la segirtad e cooperaziun en l'Europa, ad operaziuns multilateralas per preservar e rinforzar la pasch. Ins astga schizunt manegiar che talas participaziuns, sco en Cosova, sa drizzian plitost a pajais che vulan restar neutrals e che quai saja oramai la moda e maniera la pli scorta, per la Svizra, da duvrar sia armada collavurond a la gronda lezia dals Europeans cun stabilisar ils urs da lur continent.»

#### Lezias globalas d'oz

Ma l'autur fa endament era obligaziuns ordaifer l'Europa: «Senza dubi chapesch'ins oz la neutralitad uschia, pia sco politica da pasch, mediaziun tar instabilitad e tar conflicts interns ed externs, cumbats per ils dretgs umans, (...) lavur umanitara euv. Quai numn'ins mintgatant (neutralitad activa). Lura nascha dentant il privel da malencleger la noziun da neutralitad. Sch'ins chapescha sco act da neutralitad mintga buna ovra ch'ins vegn adaquella d'ademplir, sch'ins tschertga autras enfin a l'orizont, (...) pon ins finalmain emblidar che la politica exteriura duai cunzunt defender cun persvasiun ils interess concrets dal pajais e prioritads internaziunalas essenzialas d'oz, sco il svilup ecologic, il cumbat cunter la fom e la paupradad extrema, cunter il stgaudament climatic, la derasaziun d'armas da destrucziun massiva, las migraziuns (selvadias) euv. (...). En quest reguard èsi cler che tuts stadis, ch'i sajan u na sajan neutrals, duain rimnar lur mezs e lur buna veglia.»

#### Per in pajais conresponsabel

En sia conclusiun turna l'autur tuttina sin noss continent: «I s'enclegia ch'ils Svizzers mettan pais sin la neutralitad (...). Ma noss pajais fa oz part dal spazi economic continental furmà da l'UE e dals pajais limitrofs. Las sfidas principalas da nossa politica exteriura reguardan la defensiun da noss interess economics e politics en fatscha a Bruxelles. Da quest puntg da vista na gida la neutralitad tuttina betg (...). La Svizra ha concludì var 120 cunvegnas bilateralas cun l'UE; var 20 da questas èn ordvart relevantas. Uschia pudainsa segir preservar nossa autonomia formala; ma lura stuainsa tscherner mintgamai tranter duas vias. U che nus copiain adina puspè las schliaziuns da l'UE senza pudair far part da lur elavuraziun, u che nus renunziain ad eliminar ils impediments ed a stgaffir relaziuns da concurrenza che correspundian a quellas da tschels pajais europeics (...). Cun

schliaziuns bilateralas na savainsa betg contribuir a moda creativa al progress da noss agen continent (...). Sper la neutralitad basegnainsa ina segunda norma (...) per che la Svizra gidia a crear e sviluppar las cundiziuns generalas per la vita dals pievels sin il stgalim europeic e mundial. Quai ans dess ils dretgs ed il rang che cunvegnan a la Svizra per amur da sia relevanza. Suenter la segunda guerra mundiala leva cuss. fed. Max Petitpierre [1899-1994] meglierar la fama da la Svizra, la quala aveva strusch patì dal conflict. Perquai ha Petitpierre mess il pled, solidaritad' sper quel da, neutralitad'; el manegiava cun-

zunt l'acziun umanitara. Oz, en in mund e cunzunt in'Europa bler pli integrads, sut la noda da la globalisaziun e da l'interdependenza, duai questa part positiva vegnir pli funcziunala e pli politica. »

 Bénédict de Tscharner, «La neutralité: passepartout de la politique étrangère suisse?» «Contact», zercladur 2008, pp. 11-13. Adressa: RS-NSH, Mireille Renaud, Av. des Sports 28, 1400 Yverdon-les-Bains/VD. Fax: 024 420 18 20. Posta electronica: rsnsh@bluewin.ch

### «Armée suisse et neutralité»

Conférence donnée par le Commandant de Corps Luc Fellay, Conseiller spécial du Directeur du Centre de Politique de Sécurité de Genève, le 10 septembre 2008, au Centre Général Guisan, Pully, dans le cadre du cycle de conférences organisées par la section vaudoise des Rencontres Suisses-Nouvelle Société Helvétique.

#### 1. Introduction

De 1516 à 1798, la Confédération, formellement indépendante depuis 1648, était un Etat neutre. Elle s'est elle-même déclarée comme tel depuis le 17<sup>e</sup> siècle (XVII<sup>e</sup>).

Le cas type de la mise en œuvre de la neutralité de la suisse était représentée par une guerre entre deux de ses voisins. Afin de garantir efficacement sa sécurité, cette attitude neutre de la Suisse, qui consistait en l'occurrence à **renoncer à prendre parti**, devait être crédible. Cette crédibilité dépendait de la volonté politique et militaire de la Suisse de refuser des avantages militaires aux pays en guerre.

Une des autres dimensions de la neutralité consistait aussi à **renforcer la cohésion intérieure du pays**. Le refus de prendre parti dans des conflits extérieurs (mercenariat par exemple) a épargné à la Suisse des tensions majeures à l'intérieur. J'y reviendrai plus tard.

Si la Suisse reste fortement attachée à sa neutralité politique, sa neutralité armée évolue sous la pression d'un contexte de menace globalisée et déterritorialisée. Le contexte stratégique actuel rend le cas

d'école d'application de la neutralité **plus complexe**! La neutralité a-t-elle perdu de son **importance** pour la sécurité de la Suisse?

Une intéressante question, que nous allons essayer ensemble d'approcher, sans toutefois pouvoir trouver ici ce soir, une réponse **définitive!** Le nombre de prestations militaires extérieures aux côtés des forces de pays européens ces dernières années (Kosovo, Afghanistan, Bosnie-Herzégovine, etc.), les discussions sur une éventuelle candidature au Conseil de Sécurité à l'horizon 2020 et les réformes amorcées par Armée XXI, sont autant d'éléments qui laissent présager d'une évolution possible de la politique de défense helvétique dans le futur!

Voilà en quelques phrases, le résumé du contexte de notre réflexion.

#### 2. Définitions

a) Armée

- L'Armée est un instrument au service de l'Etat, soumis aux décisions de l'exécutif et du Parlement;
- l'Armée est ainsi la démonstration, la suite logique de décisions politiques;
- · l'Armée est engagée dans divers types d'enga-

gements en vertu des missions que lui confèrent l'art. 58 al. 2 de la Constitution fédérale et l'art. 1 de la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire (LAAM).

#### b) Neutralité

- Principe de politique étrangère depuis la bataille de Marignan (1515).
- Sert la cohésion nationale et l'intégrité territoriale.
- « Neutralité perpétuelle » formellement reconnue par les grandes puissances européennes depuis le Congrès de Vienne (1815).
- « Neutralité armée » consiste à entretenir une armée suffisante pour faire respecter l'intégrité de son territoire.
- Convention du 18 octobre 1907 concernant les droits et les devoirs des puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre.
- Convention du 18 octobre 1907 concernant les droits et les devoirs des puissances et des personnes neutres en cas de guerre maritime.
- Interdiction de déclarer la guerre ou de soutenir un belligérant dans un conflit inter-étatique.
- l'Etat neutre a droit à l'inviolabilité de son territoire et a parallèlement le devoir d'en assurer l'intégrité (« neutralité armée »).

#### 3. Évolution

- La décision politique et la situation internationale sont déterminantes pour définir la marge de manœuvre de la politique de neutralité.
- La neutralité est dictée par la **nécessité** (instrument de cohésion nationale et de politique extérieure pour un petit pays.
- La politique de neutralité est en constante **évolution**. Elle s'adapte au contexte de l'époque.

Lors des guerres napoléoniennes de nombreux régiments suisses se retrouvent face à face. Le cas de la bataille de Baylen en Andalousie (juillet 1808), humiliation spectaculaire de la grande Armée par le général schwytzois Théodor de Reding (1755-1809). Son frère Rodolphe blessé aux Tuileries le 10 août 1793 et achevé à la prison!

Engagement des mercenaires suisses du côté de l'Empereur, comme de l'autre, malgré l'exhortation du Landammann de la Suisse Vincent Ruttimann.

« Suisses fidèles et braves, vous n'avez point oublié que vous appartenez à la Confédération dont les intérêts et les devoirs sont aussi les vôtres ».

#### Juin 1808:

- 8544 hommes uniforme rouge au service de la France
- 10000 hommes uniforme bleu au service de l'Espagne
- 1800 hommes au service de l'Angleterre.

La confusion est totale. Des Suisses des deux camps se mettent à suivre les combats en spectateurs. L'article 64 de la capitulation avec l'Espagne spécifie d'ailleurs que les forces helvétiques ne peuvent être employées pour agir offensivement contre les cantons de la Confédération suisse, ni contre ses alliés! Une convention helvétique sacrée s'ensuit et veut que les mercenaires suisses ne s'entretuent pas. Ils mettent leurs shakos au bout des baïonnettes et s'embrassent!

Capitulation de Baylen, premier coup de glas du Premier Empire qui a sonné au sud de l'Espagne; hors de lui, Napoléon doit rejeter la faute sur les Suisses afin de dédouaner l'inaltérable Grande Armée française!

Appelées sur le front russe fin 1811, les troupes suisses quittent l'Espagne avec contentement, ignorant qu'elles ne font que passer de Charybde en Scylla!

- 1815: **la neutralité permanente** de la Suisse est reconnue par les grandes puissances européennes lors du Congrès de Vienne;
- 1914: la Suisse ne permet à aucun des belligérants de **faire usage de son territoire** (notamment pour effectuer des mouvements tournants et attaquer leurs adversaires), ce qui lui permet de voir sa neutralité respectée;
- 1939: la Suisse **réaffirme sa neutralité** et mobilise pour cela son armée;
- 1945: par l'intermédiaire **« Neutralité et solidarité »** du Conseiller fédéral Max Petitpierre, les principes de politique étrangère de la Suisse sont clairement définis, la neutralité s'en trouve renforcée.

Pendant la guerre froide, la Suisse consolide sa stratégie de **neutralité armée** (construction d'innombrables fortifications pour pouvoir résister en cas de siège, maintien d'une armée de milice encadrée de militaires professionnels capable de mobiliser 500.000 citoyens-soldats en moins de 48 heures, création d'abris anti-atomiques, etc.). **Ceci renvoie au choix de la stratégie de défense: augmentation du coût de l'agression, effet dissuasif.** 

Après la chute de l'Union Soviétique, l'apparition de menaces transversales capables de déstabiliser les sociétés contemporaines (terrorisme international, prolifération d'armements, crime organisé, immigration illicite, trafics de stupéfiants, trafics d'êtres humains, etc.) poussent la Suisse à développer une stratégie de sécurité axée **sur la coopération** avec l'étranger et à amorcer la rationalisation de son appareil militaire (Réforme Armée XXI).

Depuis les années 90, on observe un engagement croissant de la Suisse aux côtés de ses partenaires, voici quelques exemples: 1989: Namibie (bérets jaunes), 2 ans;

1991: Sahara occidental (bérets jaunes), 4 ans;

1990: début de la participation de la Suisse à des missions d'observation militaires **UN Observer** (bérets bleus);

1993: rapport du Conseil fédéral: la neutralité ne peut à elle seule permettre de protéger le pays contre les nouvelles menaces; la Suisse accepte de mettre en œuvre les décisions prises par l'ONU lors de conflits internationaux;

1996: adhésion au **Partenariat pour la Paix** de l'OTAN; la Suisse réaffirme par la même occasion son attachement à la neutralité permanente et armée;

1997: adhésion au **Conseil de partenariat** euro-atlantique;

1999: envoi de volontaires suisses non-armés au **Kosovo** (KFOR, Opération OTAN sous mandat ONU) et en **Bosnie**; rapport du Conseil fédéral sur l'intégration à l'Union Européenne: une adhésion ne remettrait pas en cause le principe de neutralité, l'UE n'étant pas une organisation militaire;

2000: rapport de politique de sécurité 2000 **«Sécu-** rité par la coopération»;

2001: entrée en vigueur de la révision partielle de la loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM). Cette modification de la loi militaire définit les paramètres de la participation de la Suisse aux missions de soutien de la paix de l'ONU et de l'OSCE, et permet d'armer ses militaires pour **leur propre défense**, uniquement lors de ces missions;

2002: **adhésion à l'ONU**, reconnaissance des sanctions économiques onusiennes, aval au survol de son territoire par une coalition militaire sous l'égide de l'organisation, envoi des premiers soldats armés au Kosovo (KFOR);

2003: engagement d'officiers suisses en Afghanistan au sein de **l'ISAF**;

2004: participation à **EUFOR** Althea en Bosnie-Herzégovine;

2005 : accord avec l'Union Européenne pour l'échange d'informations classifiées (entré en vigueur le 1<sup>er</sup> juin 2008) et participation à la mission de police civile de l'UE en Macédoine, **EUPOL Proxima**:

2006: participation à l'opération **EUFOR RDC** au Congo;

2008: accord sur la participation de la Suisse à la mission «État de droit» menée par l'Union Européenne au Kosovo, **EULEX KOSOVO**.

Aujourd'hui, environ 277 volontaires sont engagés à l'étranger dont 220 au Kosovo, 25 en Bosnie-Herzégovine (Althea, Opération UE sous mandat ONU), 5 en Corée et 7 pour des missions de déminage

(Laos, Somalie, Erythrée, Tchad). Des observateurs militaires suisses sont également présents au Proche-Orient, en Géorgie, en République Démocratique du Congo (EUPOL RDC, mission civile de police de l'UE), au Népal et au Burundi dans le cadre de résolutions du Conseil de Sécurité.

#### 4. Exemples

Quatre exemples d'application de la politique de neutralité suisse

Seconde Guerre Mondiale: En 1939, la Suisse déclare formellement sa neutralité conformément aux Conventions de La Haye. Elle doit mobiliser son armée (450.000 hommes) et faire des concessions économiques pour garantir son indépendance et sa neutralité. Entre 1940 et 1944, la Suisse est entourée de territoires dominés par les puissances de l'Axe. On sait aujourd'hui que les plans allemands prévoyaient d'envahir le pays.

Rôle de l'Armée:

- forte et défensive :
- de masse;
- tous azimuts;
- en position de défense statique, défense mobile, défense combinée.

Guerre du Golfe: En 1990, l'Irak envahit le Koweit, la Suisse participe aux sanctions économiques décrétées par l'ONU contre l'Irak. Elle autorise à la coalition internationale, conduite par les Etats-Unis, le survol de son territoire pour des interventions humanitaires, mais refuse d'accorder un droit de transit pour des missions de combat.

Rôle de l'Armée:

• contrôle de l'espace aérien.

**Kosovo**: En 1999, le conflit éclate entre Serbes et Albanais du Kosovo. Sans mandat du Conseil de Sécurité de l'ONU, l'OTAN s'engage dans le conflit pour mettre fin aux violations des droits de l'homme. Jugeant les expulsions et les massacres inacceptables, la Suisse participe sur place à l'initiative humanitaire «FOCUS» et offre un soutien humanitaire aux populations réfugiées en Albanie et en Macédoine. Comme lors de la première guerre du Golfe, la Suisse consent aux sanctions économiques, mais refuse tout droit de transit à l'OTAN pour des missions militaires. Aujourd'hui, c'est sous mandat du Conseil de Sécurité que la Suisse participe à la KFOR et accorde des droits de survol de son territoire.

Rôle de l'Armée:

- transport aérien;
- sécurité;
- unité PSO.

Guerre en Irak: En 2003, les Etats-Unis et leur coalition attaquent l'Irak sans mandat de l'ONU. La Suisse applique pleinement son droit de la neutralité. Elle accorde des droits de transit pour des vols d'évacuations humanitaires et médicaux. Elle crée un forum international pour les questions humanitaires le «Humanitarian Issues Group Iraq» et soumet au droit de la neutralité l'exportation d'armement vers des États en guerre.

Rôle de l'Armée:

- appui/sécurité de conférences;
- contrôle de l'espace aérien.

#### 5. Evolutions possibles et conclusions

Il existe aujourd'hui, je le pense, **trois alternatives** à l'avenir de la Suisse et de son armée sur la scène internationale.

La première alternative serait celle d'une autonomie pure qui satisferait les tenants d'une conception formelle de la souveraineté, mais qui provoquerait un isolement sans précédent de la Suisse dans le monde avec de graves répercussions pour sa sécurité et l'avenir de son armée (dépendance de l'OTAN et de l'UE pour le matériel, la formation et le renseignement notamment). Ceci sans compter la perte d'influence au niveau mondial qui résulterait d'une telle position, alors que la Suisse met un point d'honneur à entretenir des relations universelles et à défendre ses intérêts partout dans le monde. De par sa situation géographique centrale, la Suisse dépend par exemple d'un espace aérien européen qui fonctionne et qui assure la sécurité par delà les frontières. De plus une autonomie stricte risque de créer de graves entraves à l'accès de la Suisse au marché de l'Union Européenne - alors que sur une base annuelle - celuici absorbe plus de 60% de nos exportations et représente 80% de nos importations. Ceci démontre clairement les limites de la liberté d'action de la Suisse dans un contexte d'interdépendance régionale sinon mondiale.

La seconde alternative qui s'offre à notre pays est celle de la coopération. Celle-ci permet à l'heure actuelle à l'Armée de s'engager avec ses partenaires sur des missions ponctuelles dans le respect du principe de neutralité (missions militaires volontaires sous mandat de l'ONU en association avec l'Union Européenne ou l'OTAN). Dans ce cadre, une

intégration à l'Union Européenne serait envisageable dès lors qu'elle n'implique pas d'assistance militaire contraignante pour ses États-membres. La Suisse pourrait ainsi librement participer au renforcement des capacités autonomes de défense de l'UE. Elle pourrait participer aux groupements tactiques de réaction rapide « EU Battle Groups » - groupes inter-armés et autonomes, composés de 1500 hommes, déployables en moins de 15 jours pour une durée d'au moins 30 jours - prévus dans le cadre de la Politique Etrangère et de Sécurité Commune (PESC). La Suisse pourrait alors également envoyer des officiers à la cellule européenne de planification et de conduite d'opérations civilo-militaires auprès de l'Etat-major de l'Union Européenne et participer à la planification et à la conduite d'opérations militaires autonomes. Enfin, elle pourrait prendre part au travail de l'Agence européenne de défense qui a pour vocation de devenir le moteur d'une politique européenne en matière de capacités, de recherche et d'armement.

Mais si l'Union Européenne ne prévoit pas d'obligation d'assistance aux autres États- membres en cas de guerre, elle l'encourage fortement. L'article 28 A du Traité de Lisbonne est clair sur cette question: « Au cas où un État-membre serait l'objet d'une agression armée sur son territoire, les autres Étatsmembres lui doivent aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir, conformément à l'article 51 de la charte des Nations unies. », même s'il y a des restrictions: «Cela n'affecte pas le caractère spécifique de la politique de sécurité et de défense de certains États-membres. ». Dans une optique de coopération stricte, si cette dernière clause devait un jour être supprimée, la Suisse se retrouverait dans une position de devoir choisir entre une autonomie qui limiterait très fortement son influence en matière de défense sur le continent européen ou une intégration qui l'obligerait à abandonner sa politique de neutralité.

La troisième alternative, enfin, est celle d'une intégration à l'OTAN qui certes permettrait à la Suisse de trouver toute sa place dans le système de défense euro-atlantique, mais qui mettrait un terme définitif à sa longue tradition de neutralité armée puisqu'elle implique une obligation d'assistance non négociable en cas de guerre (Art. 5 du Traité de l'Atlantique Nord).

#### **Conclusions**

En définitive, oscillant entre coopération et autonomie (98% du budget de l'armée était toujours consacré à la défense des frontières en 2006), les interventions de l'Armée suisse à l'étranger devraient

finalement se renforcer. En effet, si la neutralité politique reste profondément ancrée dans l'identité nationale, la neutralité militaire devrait perdre de sa pertinence à moyen terme (crédibilité, risques et menaces) Consciente des nouveaux enjeux stratégiques (caractère global et continu de la menace, caducité de la distinction entre aspects internes et externes de la sécurité), la Suisse devrait ainsi continuer à sortir de sa traditionnelle neutralité militaire pour participer à la construction d'une défense européenne et se rapprocher de ses voisins ou partenaires. Deux éléments viennent étayer cette thèse: le constat d'une coopération toujours plus étroite entre la Suisse et les organisations de l'espace européen et une dépendance toujours plus marquée des processus et des développements sécuritaires en Europe (bases de données, espace aérien, C4ISTAR, normes, etc.) pour avoir du succès.

À l'échelon national, étant donné le caractère diffus, permanent et imprévisible de la menace, la complémentarité entre moyens civils et militaires deviendra indispensable pour répondre à un besoin de sécurité globale (fin de la distinction entre sécurité militaire et sécurité des populations). Les autorités politiques laissant derrière elles une approche sectorielle dépassée, l'Armée devrait être de plus en plus sollicitée face à des dangers non militaires de toutes natures. Pour être efficace, cela exigera de l'Armée et des service de sécurité une meilleure coordination avec leurs homologues européens, ainsi qu'une connaissance mutuelle approfondie entre les différents acteurs de sécurité au niveau national.

Les menaces s'étant **globalisées** et ne correspondant donc plus aux limites des frontières géographiques, une réévaluation du principe de neutralité armée, dans son sens le plus strict, paraît indispensable.

# **Tribune d'opinions**

# Le poids politique de quelques super-riches est-il à craindre?

Les clivages qui divisent les Suisses sont un sujet dont les RS-NSH s'occupent régulièrement. C'est probablement pour cela qu'un ancien président d'un groupe de la NSH, un juriste chevronné qui a fait carrière dans l'économie et qui s'est distingué comme politicien se consacrant à l'instruction publique, m'a fait parvenir le message suivant : «Ne serait-il pas possible d'insérer, dans l'annuaire 2009, un article étudiant le problème de savoir dans quelle mesure les managers aux salaires exorbitants ne prennent pas, à l'avenir, un poids pernicieux dans la politique helvétique?»

Or j'ai dû lui répondre que je disposais déjà d'une pléthore d'articles pour cet annuaire. Faute de pouvoir y placer une étude rigoureuse répondant aux désirs de notre correspondant, j'utilise la revue «CONTACT» pour donner suite à quelques réflexions.

Il ne fait nul doute que les salaires à chiffres astronomiques que quelques dirigeants de l'économie ont su se faire attribuer suscitent l'ire de maints contemporains. Toutefois, cette couche managériale se désintéresse, en général, de la politique. L'influence que ces personnalités exercent sur celle-ci est souvent indirecte. On remarque notamment l'impossibilité actuelle de cadres de l'économie de trouver le temps pour s'engager dans la vie politique, culturelle et militaire. Mais je suppose que notre correspondant a surtout pensé à un milliardaire qui s'est installé comme «Grand Timonier» de son parti et qui, avec un autre multimillionnaire, semble être la source des moyens extraordinaires dont ce groupement politique dispose.

Il y a bien des années, lorsque les premières informations sur ces salaires énormes sont devenues publiques, j'ai demandé à un ancien homme d'état radical, riche, ascétique et bien connu pour sa bienfaisance – il est d'ailleurs membre d'honneur d'un groupe des RS-NSH - ce qu'il en pensait. Son visage marqua du dédain et il s'écria: « C'est une saloperie! »

Or cet avis n'est pas partagé par tous les adhérents notables de la liberté économique. L'un ou l'autre refuse même de voir un mal dans ces salaires. Prenez par exemple l'industriel romand, André Kudelski, qui, dans l'édition de juin et juillet 2008 des «Schweizer Monatshefte» soutient le point de vue qu'il serait néfaste pour le marché du travail des dirigeants d'entreprises, si l'on entravait par des normes rigides la liberté de déterminer leurs salaires. On sait, d'autre part, que le propriétaire d'une entreprise industrielle de taille moyenne, à Schaffhouse, a lancé une initiative particulièrement sévère pour endiguer la vague des salaires de pointe. M. Kudelski suppose que ce n'est qu'une réaction jalouse qui anime ceux qui critiquent ces sommes. C'est, d'ailleurs, aussi l'opinion de quelques jeunes rédacteurs radicaux avec lesquels j'ai eu l'occasion d'en discuter.

Nul doute que la jalousie y est pour beaucoup si l'opinion publique s'agite en la matière. Néanmoins, vu les réactions de gens réfléchis, pondérés et aisés, à ce sujet, je suis persuadé que la jalousie est loin d'être le mobile principal. J'ai pu observer souvent l'estime que des citoyens de milieux simples ont pour des personnalités riches, lorsque celles-ci sont connues comme bienfaitrices publiques, mécènes ou même simplement comme des gens dévoués au bien public. A mon avis, la source principale de la critique, voire de l'allergie aux gains sans gêne est due au puritanisme ambiant et toujours sous-jacent à notre société. Et je viens de lire l'opinion d'un historien affirmant que cette attitude n'est pas limitée aux cantons protestants qui en sont en quelque sorte l'origine et les protagonistes. Il s'agirait plutôt d'une mentalité à laquelle les cantons catholiques ne sont guère restés imperméables (le stéréotype du Suisse modeste et sobre aidant).

Il y a donc là un sentiment qui provient des tréfonds de la mentalité et de la psychologie de notre peuple. On verra s'il est plus fort que le courant principal de la vie économique actuelle...

Roberto Bernhard

# «Schweiz zwischen Scylla und Charybdis?»

Der früher an der Universität Bloomington (Indiana) tätig gewesene, heutige Honorarprofessor der Universität Genf, André Reszler, seinerzeit Dozent der Ideengeschichte am Institut universitaire d'études européennes in Genf und damit Nachfolger von Denis de Rougemont, hat ein höchst beachtliches Buch veröffentlicht. «Les «Suisses» (s'ils existent)... ». L'identité suisse et sa relation à l'Europe (Georg éditeur, Genf 2008, ISBN 978-2-8257-0948-1, 132 Seiten).

Der Haupttitel nimmt eine Äusserung von Charles Ferdinand Ramuz auf. Das Werk sollte von jedem engagierten Mitglied unserer Gesellschaft gelesen werden. Es ist mit Unterstützung des eidg. Integrationsbüros erschienen, ist aber keineswegs eine Propagandaschrift desselben. In einiger Hinsicht kann es als französisch geschriebenes Gegenstück zu dem 2007 beim Verlag NZZ erschienenen, luziden Buch von Botschafter Paul Widmer, « Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen – Geschichte – Gestaltung », angesehen werden.

Reszler beschäftigt sich mit der Frage, ob die Schweiz im Begriffe sei, ihre Originalität abzulegen und sich den anderen Ländern gesichtslos anzugleichen. In einem ersten Teil charakterisiert er die Gestaltung der politischen Schweiz und ihre Konstanten in einer sich ändernden Welt. Im zweiten Teil setzt er sich mit dem schon im 18. Jahrhundert bei Charles-Victor de Bonstetten auftauchenden Eindruck auseinander, die Schweiz sei unbeweglich, der Ereignislosigkeit verhaftet und, aus der Sicht im späten 20. Jahrhundert aktiver Intellektueller, sogar dazu verdammt, gar nicht wirklich zu existieren. Reszler wartet mit einer knappen Analyse und Umschreibung dieser in neuerer Zeit anscheinend aus einer Hassliebe zum eigenen Land geborenen, nicht folgenlosen

Kampagne, der Schweiz eine eigene Identität abzusprechen. Eine gute Übersicht über irritierende Vorgänge der jüngsten Vergangenheit!

Dieser Kohorte demontagebefliessener Geister, die jedoch keine das Demontierte ersetzende Substanz anbieten, stellt er in einem dritten Teil manche jener Schweizer Denker gegenüber, von denen zwei Generationen sich zwischen 1920 und 1930 mit dem Schicksal des tragisch umgetriebenen Europas beschäftigt haben. Reszler gelingt mit wenigen Strichen eine faszinierende Auslegeordnung einschlägiger Gedanken von Guy de Pourtalès, Gonzague de Reynold, Carl J. Burckhardt, J.-R. von Salis, Denis de Rougemont, Jeanne Hersch, Etienne Barilier und Adolf Muschg. Diese Repräsentanten helvetischern Geisteslebens zeigen mehr Substanz und Scharfsinn als die innenpolitischen Dekonstrukteure.

Roter Faden ihrer Gedanken ist die schweizerische Vielfalt in der dennoch fassbaren europäischen Einheit und das Ungenügen techno- und bürokratischer Konstruktion «von oben herab», um ein seinem «génie propre» gerecht werdendes Europa zu bilden. Ideengut aus diesen Schweizer Quellen könnte sich immer noch eignen, um der konzeptuellen Leere der EU wenigstens teilweise abzuhelfen, findet Reszler. Doch die Schweiz, derzeit ein blindes Loch in Europa, müsse aufpassen, sich nicht zwischen Scylla und Charybdis in eine erstickenden Treue zu ihrer Vergangenheit oder in eine sie ihrer Persönlichkeit beraubende Flucht nach vorn zu verlieren. Ansätze dazu seien leider sichtbar. – Die fesselnde, eigentlich den Geist der (erwähnten!) NHG atmende, brillant warnende Publikation hätte eine Lektorierung verdient, welche die Zahl der Kantone nicht auf 24 reduziert gelassen (S. 13) und Charles Ferdinand Ramuz im Literaturverzeichnis nicht dreimal Meyers Vornamen Conrad Ferdinand angehängt hätte (S. 125 und 128).

Roberto Bernhard

# Besuch der Gruppe Genf bei der Gruppe Aargau in Aarau

Am Samstag, 26.4.08, 10 Uhr, trafen zwölf Gäste aus Genf ein und wurden von zwanzig Aargauern begrüsst. Die Präsidenten und ein grosser Teil der Vorstandsmitglieder beider Gruppen waren anwesend. Man begab sich zum «ersten Bundeshaus» der Schweiz, dem Haus zum Schlossgarten, das 1798 als Regierungssitz diente. Dort empfing Stadtrat und NHG-RS-Mitglied Carlo Mettauer die Gesellschaft, gab eine kurze Einführung in «Aarau zur Zeit der Helvetik» und führte durch die historischen Gassen von Aarau. In einem der wenigen Hochhäusern der Stadt, im Verwaltungsgebäude des Aargauischen Elektrizitätswerkes, empfing uns dessen Direktor,

Peter Bühler, und ermöglichte einen eindrücklichen Blick auf Aarau aus der Vogelperspektive. Im Verlauf des Mittagessens ergriff Anne-Marie Nyffeler, die Ehefrau des Aargauer Präsidenten, das Wort zum Thema «Wertewandel in der Schule», was eine lebhafte Diskussion einleitete. Der Nachmittag war einem Besuch des Aargauer Kunsthauses gewidmet, wo in französischer Sprache durch die Sammlungen geführt wurde. Bei einem letzten Kaffee oder Bier vertiefte man die vor einem Jahr in Genf begründeten Freundschaften und verabschiedete sich.

Gerold Brändli

# Calendrier des prochaines manifestations Veranstaltungskalender

Dienstag, 25.11.08, 20:00h, Gruppe Winterthur, Hotel Wartmann, Rudolfstr. 15, Winterthur «Schweizer Rat der Religionen. Das Zusammenleben der Religionen in der Schweiz. Vor welchen Herausforderungen stehen wir? », Thomas Wipf, Pfarrer, Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes.

Dienstag, 25.11.08, 18:15h-20:00h, Gruppe Bern, Restaurant «Zum Äusseren Stand» an der Zeughausgasse in Bern (1.Stock, Empiresaal), «Solidarität und Ambivalenz-Generationenbeziehungen heute», Prof. Pasqualina Perrig-Chiello, Präsidentin der Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im Wandel», Nationalrat Christian Waber (EDU) und Grossrätin Nadine Masshardt (SP).

**Freitag, 05.12.08, 18:00h, Gruppe Winterthur,** Klausabend, Museum Oskar Reinhard am Stadtgarten, Winterthur, Dr.Peter Wegmann, Konservator.

**Donnerstag, 22.01.09, Gruppe Schaffhausen,** Filmabend mit Dieter Amsler.

Montag, 26.01.09, 18:15h-20:00h, Gruppe Bern, Restaurant «Zum Äusseren Stand» an der Zeughausgasse in Bern (1.Stock, Empiresaal), «Fördern und fordern – neue Schlagworte oder alte Bildungsweisheit?», Prof. Dr. W. Stadelmann, Direktor PH Zentralschweiz, Irène Hänsenberger, ehemalige Geschäftsführerin LEBE, heute Leiterin Schulamt Stadt Bern, Albrecht Rychen, Leiter Berufs - und Weiterbildungszentrum BWZ Lyss, Ex-Nationalrat, Sandra von May-Granelli, Vorsitzende der Geschäftsleitung Feusi Bildungszentrum Bern.

**Dienstag, 27.01.09, 20:00h,** Gruppe Winterthur, Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, Herausforderungen für die Volksschule im Kanton Zürich, Martin Wendelspiess, Bildungsdirektion Kanton ZH.

Mardi, 27.01.09, 18:30h, Groupe Neuchâtelois, Château de Colombier, conférence du Divisionnaire Jakob Baumann, Chef de l'armement.

Jeudi, 29.01.09, 19:30h, Groupe Genève en association avec les Amis de Penthes, Domaine de Penthes, conférence du Professeur Georges Andrey qui présentera son livre «L'Histoire de la Suisse pour les Nuls».

Montag, 16.02.09, 18:15h-20:00h, Gruppe Bern, Restaurant «Zum Äusseren Stand» an der Zeughausgasse in Bern (1.Stock, Empiresaal), «Neue Erkenntnisse der Hirnforschung», Prof. Ch. Hess, Direktor Neurologie, Uni Bern. Stellungnahmen dazu durch ausgewiesene Fachleute zu folgenden Fragestellungen: Und wo bleibt da unsere Verantwortung? Wo Gott und die Kirchen? Und wo unsere Werte?

Dienstag, 10.03.09, 20:00h, Gruppe Winterthur, Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, «Welche Armee braucht die Schweiz?» Prof. Karl W. Haltiner ETHZ.

Mardi, 17.03.09, 18:00h-20:00h, Berne, «La Suisse entre union et discorde», conférences du Prof. Wolf Linder, Institut de politologie, Université de Berne et du Prof. Irène Hermann, Département d'histoire contemporaine, Université de Fribourg.

Dienstag, 07.04.09, 19:30h, Gruppe Winterthur, Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, «Die Innerschweiz um 1300 – eine alpine ländliche Gesellschaft oder die Wiege der Schweiz?» Prof. Roger Sablonier.

**Dienstag, 05.05.09, 20:00h, Gruppe Winterthur,** Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, Raumentwicklung der Schweiz, Landschaftsinitiative Dr.phil. Raimund Rodewald, Stiftung Landschaftsschutz.

Samstag, 29.08.09, 20:00h, Gruppe Winterthur, Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, Hauptversammlung, Sulzerareal Winterthur Stadtmitte, Jürg Hablützel.

**Dienstag, 01.09.09, 20:00h, Gruppe Winterthur,** Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, Sterbehilfe und Patientenverfügung, Prof. Max Baumann.

**Donnerstag, 22.10.09, 20:00h, Gruppe Winterthur,** Hotel Wartmann, Rudolfstr.15, Winterthur, Tessiner Befindlichkeiten, Marco Solari, Presidente Ticino turismo.

Freitag, 04.12.09, Gruppe Winterthur, Klausabend, Museum O.Reinhart am Stadtgarten Zusammenführung der Sammlungen O.Reinhart, Dr.Peter Wegmann, Konservator.

11/2008 | 19

### Prière de réserver

Mardi 17 mars 2009, 18h00-20h00 Berne,

conférences de Wolf Linder, Prof.
Institut de politologie, Université de Berne,
et Irène Herrmann, Prof.
Département d'histoire contemporaine,
Université de Fribourg,
sur le thème
« La Suisse entre union et discorde »

#### Bitte reservieren

Dienstag, 17.März 2009, 18:00h-20:00h Bern,

Vorträge von Prof. Wolf Linder,
Professor am Institut für Politikwissenschaft,
Bern und Irène Herrmann,
Professorin im Departement
für Zeitgeschichte Uni Freiburg
zum Thema

« Die Schweiz zwischen Einheit und Zwiespalt »

#### **Impressum**

Édition RS-NSH / NHG-TS Comité de rédaction : Ch. Langenberger, M. Renaud

#### Adresse pour retours, Rücksendeadresse:

RS-NSH / NHG-TS Secrétariat central Av. des Sports 28 1400 Yverdon-les-Bains

#### Adresse du secrétariat central

RS-NSH / NHG-TS Mme Mireille Renaud Av. des Sports 28 1400 Yverdon-les-Bains tel. 024 420 18 19

fax 024 420 18 20 mobile 076 326 98 80 e-mail rsnsh@bluewin.ch

site Internet www.dialoguesuisse.ch